

Sehr geehrte...

zunächst möchte ich Ihnen für die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen viel Kraft, Ausdauer, überzeugende Argumente und gute Ergebnisse für unser Land wünschen.

Auch möchte ich auf mein Schreiben vom Januar zurückkommen und Sie bitten, das Thema der Gleichstellung und insbesondere der **gleichberechtigten Teilhabe in Führungspositionen** auf den Verhandlungstisch zu bringen, denn: Gleichstellung ist eine wesentliche Säule unserer Demokratie.

Im Grundgesetz §3 Abs. 2 ist festgeschrieben, dass es Aufgabe des Staates ist, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern tatsächlich durchzusetzen und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Damit ist die Gleichstellung verfassungsrechtlich festgeschriebene Aufgabe jeder Regierung.

Wir begrüßen daher, dass es den Absatz "**Gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen schaffen**" in den gemeinsamen Sondierungsergebnissen von CDU/CSU und SPD gibt - wenn auch leider erst auf der letzten Seite. Ergänzen möchten wir die dort benannten Vorhaben der Entgeltgleichheit und des Gewaltschutzes um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen.

Das vor zehn Jahren erlassene "Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst" zeigt sowohl die Notwendigkeit staatlichen Gleichstellungshandelns als auch dessen positive Wirkung - wenn auch in einem zu kleinen Geltungsbereich, denn **Parität in den Aufsichtsräten und Vorständen** wird damit bis 2030 nicht erreicht. Sie haben die Notwendigkeit der Weiterentwicklung erkannt und bereits im Wahlprogramm der SPD festgehalten: *"Dazu werden wir das Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln mit dem Ziel, bis 2030 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen"* (S. 42).

Wir bitten Sie, dieses Wahlversprechen der SPD in den Koalitionsverhandlungen einzulösen - auch wenn die Union in ihrem Wahlprogramm keine Aussage zur Förderung von Frauen in Führungspositionen getätigt hat. Denn die Weiterentwicklung des Gesetzes ist Gleichstellungs- und Wirtschaftspolitik zugleich. Sie gehört unweigerlich dazu, um das in den Sondierungsergebnissen formulierte Ziel der Gleichstellung in Beruf und Politik zu erreichen.

Das FüPoG II muss bezüglich folgender drei Aspekte weiterentwickelt werden, die wir im beigelegten Positionspapier von FidAR begründet und hergeleitet haben:

- Der Geltungsbereich der Geschlechterquote im Aufsichtsrat muss auf börsennotierte oder Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ausgeweitet werden.
- Das Mindestbeteiligungsgebot von Frauen im Vorstand muss in eine Geschlechterquote überführt und entsprechend der Quote für Aufsichtsgremien auf deutlich mehr Unternehmen ausgeweitet werden.
- Die gesetzlich verankerten, strafbewehrten Sanktionen im Umgang mit Zielgrößen müssen tatsächlich umgesetzt und öffentlich transparent gemacht werden.

Eine starke Wirtschaft, prioritäres Ziel von Union wie SPD, ist aus unserer Sicht nur mit der gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter in Führungspositionen zu haben. Mit den genannten gesetzlichen Änderungen und mit dem im Positionspapier definierten zeitlichen Stufenplan wird die Zielgerade der paritätischen Repräsentanz von Frauen in den Führungsgremien der privaten und öffentlichen Wirtschaft noch in diesem Jahrzehnt ermöglicht.

Zur Gleichstellung in Beruf und Politik gehört neben der zuvor ausgeführten notwendigen Weiterentwicklung des FÜPo-Gesetzes auch die Parität in der Politik. Die in den Sondierungsergebnissen angekündigte Prüfung einer erneuten Wahlrechtsreform muss dieses Mal auch die **Wahlrechtsänderung für die Geschlechterparität** in den Mandaten des Deutschen Bundestages enthalten, damit Frauen auch in der Politik gleichberechtigt mitentscheiden. Die SPD hat dazu in ihrem Wahlprogramm sehr eindeutig Position bezogen: *"Dafür werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und Direktmandaten sicherstellt"* (S. 42). Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass auch dieses Wahlversprechen der SPD eingelöst wird.

Im Wahlprogramm der SPD finden sich weitere frauen- und gleichstellungspolitische Vorhaben. Diese befürworte ich im Namen von FidAR uneingeschränkt und wünsche Ihnen für deren Durchsetzung bei den Koalitionsverhandlungen maximalen Erfolg.

Als Präsidentin von FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V. (ca. 1.400 Mitglieder) und als Mitstreiterin der Berliner Erklärung (22 Initiatorinnen und 28 Verbündete mit insgesamt ca. 6,5 Mio. Mitgliedern) schreibe ich Ihnen im Namen der bei uns organisierten Frauen und Männer in vielfältigen Führungspositionen. Wir fordern die Parität der Geschlechter in den Entscheidungspositionen unserer Gesellschaft, weil wir Gleichstellung als unverzichtbaren Hebel für bessere Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit sehen - für die gesamte Gesellschaft, für die Frauen und vor allem **mit** uns Frauen!

Sehr gern stehe ich Ihnen bei weiterem Informationsbedarf und/oder Nachfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Prof. Dr. Anja Seng

Frauen in die Aufsichtsräte - FidAR e.V.

Präsidentin

mobil +4915112546460

[anja.seng@fidar.de](mailto:anja.seng@fidar.de)

[www.fidar.de](http://www.fidar.de)

Vorstand: Prof. Dr. Anja Seng (Präsidentin), Silke Robeller (Vize-Präsidentin),

Tamara Kaes, Daniela Geue (kooptiert)

Amtsgericht Charlottenburg | Vereinsregister Nummer VR 26170 B